AMTSBLATT 4811 42

Amtsblatt für Frankfurt am Main
16. Oktober 2018 · Nr. 42 · 149. Jahrgang

STADT FRANKFURT AM MAIN

Öffentliche Sitzungen der Ortsbeiräte

Entsprechend den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), § 82 (6) i. V. m. § 58 (6), werden nachstehend Zeit, Ort und Tagesordnung der Ortsbeiratssitzungen bekannt gegeben.

Tagesordnungen und die Vorlagentexte finden Sie im Internet im Parlamentsinformationssystem PARLIS unter www.stvv.frankfurt.de/parlis

Ortsbezirk 4 (Bornheim - Ostend)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 4 am

Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 19.30 Uhr, SAALBAU Bornheim, Arnsburger Straße 24, Clubraum 1

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

TAGESORDNUNG I

Eigene Angelegenheiten:

1. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 11.09.2018)
2. Bericht der Kinderbeauftragten und des Seniorenbeirates
3. Mitteilungen des Ortsvorstehers

   Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 27.11.2018 um 19.30 Uhr im SAALBAU Bornheim, Arnsburger Straße 24, Clubraum 1, statt.
4. Feststellung der Tagesordnung

Neue Vorlagen:

Anträge:

5. Straßenquerung beim Campo an der Heidestraße
6. Realisierung der Anbindung des KGV Buchhang e. V. an das Brauchwassersystem des neuen Schwimmbades und/oder der Eissporthalle
7. U-Bahn-Station „Habsburgerallee“
8. Radfahren über die Kreuzung Rhönstraße/Habsburgerallee
9. Radwege auf der Henschelstraße
10. Neue Wohnungen und Kindertagesstätte in der Ferdinand-Happ-Straße

TAGESORDNUNG II

Neue Vorlagen:

Vorträge des Magistrats:

1. Erhaltungssatzung Nr. 51
   - Frankfurt am Main - Berger Straße
   hier: Satzungsbeschluss - § 172 (1) Satz 1 Nr. 2 BauGB
2. Erhaltungssatzung Nr. 52
   - Frankfurt am Main - Westliches Ostend
   hier: Satzungsbeschluss - § 172 (1) Satz 1 Nr. 2 BauGB

Berichte des Magistrats:

3. Ernst-May-Viertel
   Vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zwischen Huthpark, Hauptfriedhof und Günthersburgpark gemäß § 165 (4) BauGB
   hier: Sachstandsbericht über den Stand der vorbereitenden Untersuchungen
4. Genossenschaftliches Wohnen auf dem Naxos-Gelände - Ein Gewinn für Frankfurt oder nur städtische Zuschüsse für bestimmte Wählergruppen?
5. Saubere Gewässer in Frankfurt
6. Wildtierverbot in gastierenden Zirkusbetrieben
7. War die Bornheimer Baumfällaktion legal?
8. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil

Hermann Steib
Ortsvorsteher

Ortsbezirk 6 - Frankfurter Westen (Goldstein - Griesheim - Höchst - Nied - Schwanheim - Sindlingen - Sossenheim - Unterliederbach - Zeilsheim)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 6 - Frankfurter Westen am

Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 17.00 Uhr, Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Frankfurt-Höchst, Bolongarostraße 110, Gemeindesaal

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

I. Bäderkonzept Frankfurt 2025

Der Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr, Herr Stadtrat Frank, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bäder-Betriebe Frankfurt GmbH (BFF) werden die Aktualisierung des aus dem Jahr 2004 stammenden „Bäderkonzepts Frankfurt“ vorstellen und dabei insbesondere die Entwicklungskonzepte für die einzelnen Bäderstandorte zur bedarfsgerechten Optimierung des Angebots im Frankfurter Westen erläutern. Sie werden anschließend für die Beantwortung der Fragen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortsbeiratsmitglieder zur Verfügung stehen.

II. Allgemeine Fragen und Anregungen

TAGESORDNUNG

Eigene Angelegenheiten:

1. Angelegenheiten des Amtes für Straßenbau und Erschließung
2. Mitteilungen der Ortsvorsteherin

   Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 04.12.2018 um 17.00 Uhr in der Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Frankfurt-Höchst, Bolongarostraße 110, Gemeindesaal, statt.
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 11.09.2018)

Unerledigte Drucksachen:
(Fristablauf gem. § 4 Absatz 10 GO OBR)

Anregung:

5.1 Elektro-Offensive für den Frankfurter Westen

Anregungen an den Magistrat:

5.2 Grundschulen in Unterliederbach

5.3 Aktionsplan Schule

Auskunftsersuchen:

5.4 Höchst/Unterliederbach: Kampagne #cleanffm in der Königsteiner Straße

5.5 Friedrich-List-Schule in Nied: Schaffen von Hortplätzen/Schritte zur Schule mit Ganztagsangeboten

Zurückgestellte Vorlagen:

Anträge:

6. Griesheim: Fahrradabstellplätze am Griesheimer Friedhof

7.1 Silogebiet - weitere Bebauung

7.2 Unterliederbach: Erweiterung des Silogebietes um die Parkstadt II

Neue Vorlagen:

Anträge:

7.3 Unterliederbach: Westumgehung in die Planung der Parkstadt II aufnehmen

7.4 Unterliederbach: Schulen und den öffentlichen Nahverkehr bei der weiteren Entwicklung des Silogebietes (Parkstadt II) nicht vergessen

7.5 Unterliederbach: Geeignetes Gebäude für einen Kindergarten in der Parkstadt II planen

8. Sindlingen: Fußgängerbedarfsampel Heussleinstraße/Sindlinger Bahnstraße
9. Aktueller Zeitplan für die erforderliche Erhöhung der Grundschulplätze und die notwendige Sanierung von Schulen
10. Sport- und Kulturhalle Unterliederbach
11. Unterliederbach: Möglicher Wohnungsbau in der Johannesallee 41
12. Spielplatz Graubnerpark
13. Verkehrssicherheit im Straßenverlauf Lenzenbergstraße/Rombergstraße
14. Busverkehr im Frankfurter Westen
15. Parkbeschränkung von Fahrzeugen über 2,8 Tonnen in Wohngebieten
16. Bündelung der Zuständigkeiten für die Entsorgung von Müll im öffentlichen Raum
17. Bewohner des Frankfurter Westens über geplante Kürzungen von sozialen Zuwendungen und Zuschüssen informieren
18. Belegrechte für Sozialwohnungen im Frankfurter Westen
19. Initiative für Vielfalt und Toleranz
20. Umwandlung des Tennenfeldes in Goldstein in einen Kunstrasenplatz
21. Griesheim: Welche Fortschritte wurden beim Projekt der Wohnraumhilfe in der Akazienstraße bisher erreicht?
22. Griesheim: Sachstand Eichenstraße/Lärchenstraße
23. Griesheim: Wohneigentum in Erbpacht nach Förderung Mittelstandsprogramm
24. Griesheim: Grundstück Waldschulstraße 104
25. Fahrradbügel in der Leverkuser Straße
26. Nied: Ergebnisse des Ortstermines in Nied-Süd
27. Verbesserung der Parksituation in der Oeserstraße
28. Bushaltestelle am „Schwanheimer Hochhaus“ in der Rheinlandstraße 14

29. Lkws im Kelsterbacher Weg westlich der Leunastraße

30.1 Öffentliches WC an der Endhaltestelle „Rheinlandstraße“ dauerhaft öffnen und behindertengerecht gestalten

30.2 Öffentliche und barrierefreie Toilette für Schwanheim

Antrag:

31. Die Planungsgrundlagen des Bebauungsplans Nr. 909 - Westlich und südlich der Ferdinand-Hofmann-Siedlung - an die Seveso-Richtlinie anpassen und für eine attraktive Stadtteilentwicklung nutzen

Vorträge des Magistrats:

32. Blauglockenweg
hier: Baumfällvorlage

33. Bebauungsplan Nr. 911 -
Nördlich Straßburger Straße
hier: Einstellung des Verfahrens

34. Hostatoschule (Grundschule): Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Betreuung und eine Cafeteria

Berichte des Magistrats:

35. Verkehrskonzept für Goldstein

36. Genossenschaftliches Wohnen auf dem Naxos-Gelände - Ein Gewinn für Frankfurt oder nur städtische Zuschüsse für bestimmte Wählergruppen?

37. Villa Meister als Bestandteil Frankfurter Industriekultur und Bereicherung der Lebensqualität erwerben

38. Saubere Gewässer in Frankfurt

39. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil

40. Verkehrskollaps auf der Westerbachstraße verhindern

Anregung:

41. Sportgelände des FFV Sportfreunde 04 e. V. („Die Speuzer“) endlich dem Bezirk 146 (Gallus) zuschlagen

NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

Zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorgeschlagen:

Zurückgestellte Vorlagen:

Sonstiger Antrag:

1. Neujahrsempfang

Neue Vorlagen:

Vortrag des Magistrats:

2. Tausch der Grundstücke Gemarkung Heddernheim, Flur 10, Flurstück 23/34, Gemarkung Frankfurt, Bezirk 23, Flur 346, Flurstück 19/4, Gemarkung Nied, Flur 27, Flurstück 1975/21 gegen Gemarkung Berkersheim, Flur 16, Flurstück 101/6

Susanne Serke
Ortsvorsteherin

Ortsbezirk 7 (Hausen - Industriehof - Praunheim - Rödelheim - Westhausen)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 7 am

Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Sozial- und Rehazentrum West, Alexanderstraße 94-96 Großer Saal

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

I. Allgemeine Fragen und Anregungen

II. Vorstellung des „Bäderkonzepts Frankfurt 2025“

Herr Stadtrat Markus Frank, Dezernat IX, ist eingeladen, um das „Bäderkonzept Frankfurt 2025“ vorzustellen und Fragen zu beantworten.

TAGESORDNUNG

Eigene Angelegenheiten:

1. Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 11.09.2018)

3.1 Mitteilungen der Ortsvorsteherin

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 27.11.2018 um 19.30 Uhr im Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V., Pflegeheim Praunheim, Alt-Praunheim 48, statt.

3.2 Berichte aus den Fraktionen

3.3 Bericht der Vertreterin des Amtes für Straßenbau und Erschließung

Zurückgestellte Vorlagen:

Anträge:

4. Sonnenschutz für den Arthur Stern Platz einrichten

5. Aufenthaltsdauer in der Fabrikhalle der Unterkunft in der Au

6. Anfrage zur falschparkenden Pkw auf der Ludwig-Landmann-Straße Höhe U-Bahn-Station „Friedhof Westhausen“ (stadteinwärts)

7. Die Existenz der Wasserhäuschen in Frankfurt sichern

Vortrag des Magistrats:

8. Bäderkonzept Frankfurt 2025

Neue Vorlagen:

Anträge:

9. Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Kleemannstraße

10. Erweiterung der Kerschensteinerschule auf dem bisherigen Standort der Feuerwehr

11. Was passiert mit dem Gebäude der ehemaligen Post in Hausen?

12. Bürgertreff für Westhausen
13. Freier Eintritt in Frankfurter Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche
14. Schnellen Wohnungsbau ermöglichen
15. Schnelle Umsetzung der Park and Ride-Anlage „Taunusblick“ an der U 6 und A 5
16. Mobilitätsoffensive: Ausbau des ÖPNVs im Nordwesten Frankfurts

Sonstiger Antrag:

17. Gymnasium Nord - Einrichtung einer Bushaltestelle an der Wendeschleife Westhausen

Eigene Angelegenheiten:

18. Verschiedenes

TAGESORDNUNG II

Neue Vorlagen:

Berichte des Magistrats:

1. Schienenersatzverkehr während des S 6-Ausbaus
2. Saubere Gewässer in Frankfurt
3. Holzhausenschule
4. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil
5. Verkehrskollaps auf der Westerbachstraße verhindern

NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

Zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorgeschlagen:

Zurückgestellte Vorlagen:

1. Benennung einer Schöffin/eines Schöffen für das Ortsgericht Frankfurt am Main VII (Hausen, Praunheim, Rödelheim)
2. Benennung einer/eines Kinderbeauftragten für Hausen/Industriehof

Eigene Angelegenheiten:

3. Verschiedenes

Veljko Vuksanović
Stellv. Ortsvorsteher

Ortsbezirk 10 (Berkersheim - Bonames - Eckenheim - Frankfurter Berg - Preungesheim)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 10 am

Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 19.30 Uhr, SAALBAU Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2, kleiner Saal

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

TAGESORDNUNG

Eigene Angelegenheiten:

1. Mitteilungen des Ortsvorstehers

   Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 27.11.2018 um 19.30 Uhr in der Feuer- und Rettungswache 1, Feuerwehrstraße 1, Kantine, statt.
2. Angelegenheiten des Amtes für Straßenbau und Erschließung

3.1 Feststellung der Tagesordnung

3.2 Verabschiedung der Tagesordnung II

4. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 18.09.2018)

Unerledigte Drucksachen:
(Fristablauf gem. § 4 Absatz 10 GO OBR)

Anregungen der Ortsbeiräte:

5.1 Querung der Bahngleise in Berkersheim

5.2 Brückenlösung für die Bahntrasse in Berkersheim

Anregungen an den Magistrat:

5.3 Weitere Neubaugebiete im Ortsbezirk 10 vermeiden

5.4 Mehr Mülleimer für den Ortsbezirk 10

5.5 U-Bahn-Übergang in Bonames sicherer gestalten

5.6 Nutzungskonzept des Alten Flugplatzes Bonames fortschreiben

5.7 Schaffung von Sporthallen-Kapazitäten im Frankfurter Bogen und Differenzierungsräumen an der Carlo Mierendorff Schule

5.8 Mobbing und sexuelle Belästigung im Ortsbezirk 10

Auskunftsersuchen:

5.9 Durchgangsverkehr in Bonames

5.10 Übergangslösung bis zur Fertigstellung des Gymnasiums der Carlo-Mierendorff-Schule

Zurückgestellte Vorlagen:

Anträge:

6. Neubaugebiet in Eckenheim allgemeinverträglich prüfen
   hier: Tausch von Landschaftsschutzgebieten

7. Stadtteilpreis für Vereine, Institutionen und Einzelinitiativen zur Förderung des sozialen und kulturellen Zusammenlebens im Ortsbezirk 10
8. Beschilderung des Weges vom Gravensteiner-Platz in Richtung Friedberger Warte
9. Gemeinsames Treffen der Ortsvorsteher der Ortsbeiräte 10 und 14
10. Möglichkeit zur Einhaltung des Sicherheitsabstands von 1,50 Meter von Fahrrädern auf den neuen Fahrradstreifen auf der Gießener Straße
11. Optimierung der Beschilderung an der Ecke Kreuzstraße/Alt-Preungesheim
12. Künftige Einladungen/Tagesordnungen des Ortsbeirates 10
13. Mitteilungen des Ortsvorstehers im Ortsbezirk 10
14. Einrichtung öffentlicher Grillplätze im Ortsbezirk 10

Neue Vorlagen:

Sonstiger Antrag:

15. Grünzug Feldscheidenstraße

TAGESORDNUNG II

Neue Vorlagen:

Anträge:

1. Poller vor dem Discounter in der Homburger Landstraße
2. Briefkasten in der Gundelandstraße/An den Drei Hohen
3. Inklusion in der Carlo-Mierendorff-Schule hier: Verbesserung der aktuellen Situation
4. Neubau der Schulturnhalle der Carlo-Mierendorff-Schule vorantreiben
5. Erstellen einer Expertise durch das Denkmalamt im Bereich des neu errichteten Stromhäuschens auf Höhe der Kreuzstraße 62/64
6. Anbringung von halbseitigen Haltelinien zur Verdeutlichung der Rechts-vor-Links-Regelung in der Renettenstraße in Preungesheim und auf der Berkersheimer Obergasse und Bahnstraße in Berkersheim als nichtamtliche Hinweise
7. Unmittelbares Einleiten eines Planfeststellungsverfahrens für die Abbiegespur auf der B 521 auf die A 661 in Richtung Bad Homburg
8. Omega-Brücke anstelle der schienengleichen Bahnquerung in Berkersheim
9. Schul- und Hortweg In den Gräben
10. Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die Eröffnung der neuen Berkersheimer Schule aus?
11. Tempo 30 auf dem Berkersheimer Weg zwischen Autobahnbrücke und Albert-Schweitzer-Schule
12. Niddasäuberung im Ortsbezirk 10 künftig gefährdet
13. Verkehrssicherheit im Harheimer Weg erhöhen
14. Konsequenzen aus ST 1606 vom 17.08.2018 zur Ortsrandstraße Bonames
15. Budgetantrag für den zehnjährigen Einsatz des SV Frankfurt Nord e. V. in der Präventionsarbeit
16. Elektromobilität im Ortsbezirk 10 verbessern
17. Frankfurt-Ticket für Ortsbeiräte
18. Bewohner des Ortsbezirks 10 über geplante Kürzungen von sozialen Zuwendungen und Zuschüssen informieren
19. Baugebiete in ausgewiesenen Naturschutzgebieten im Ortsbezirk 10
20. Verwendung der Stellplatzablösemittel 2017

Anträge:

21. „Aktive Nachbarschaft“ ausbauen - Quartiersmanagement für Eckenheim
22. S 6 während des Ausbaus:
    ÖPNV im Frankfurter Norden sichern

Berichte des Magistrats:

23. Ernst-May-Viertel
    Vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zwischen Huthpark, Hauptfriedhof und Günthersburgpark gemäß § 165 (4) BauGB
    hier: Sachstandsbericht über den Stand der vorbereitenden Untersuchungen
24. Schienenersatzverkehr während des S 6-Ausbaus
25. Saubere Gewässer in Frankfurt
26. Reit- und Kerbeplatz im Berkersheimer Niddatal erhalten
27. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil

NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

Zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorgeschlagen:

TAGESORDNUNG II

Neue Vorlagen:

Vortrag des Magistrats:

1. Tausch der Grundstücke Gemarkung Heddernheim, Flur 10, Flurstück 23/34, Gemarkung Frankfurt, Bezirk 23, Flur 346, Flurstück 19/4, Gemarkung Nied, Flur 27, Flurstück 1975/21 gegen Gemarkung Berkersheim, Flur 16, Flurstück 101/6

Robert Lange
Ortsvorsteher

Ortsbezirk 13 (Nieder-Erlenbach)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 13 am

Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 20.00 Uhr, SAALBAU Nieder-Erlenbach, Im Sauern 10, Clubraum 1

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

TAGESORDNUNG

Eigene Angelegenheiten:

1. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 11.09.2018)
2. Mitteilungen des Ortsvorstehers

   Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 20.11.2018 um 20.00 Uhr im SAALBAU Nieder-Erlenbach, Im Sauern 10, Clubraum 1, statt.
3. Feststellung der Tagesordnung

Neue Vorlagen:

Anträge:

4. Spanische Einfädelspur als Maßnahme zur Steigerung der Verkehrssicherheit
5. Bewusstes Ausfahren der Kurve Erlenbacher Stadtweg/ Neue Fahrt
6. Beseitigung der Absenkung des Fußweges an der Apotheke in Nieder-Erlenbach
7. Pfosten für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger
8. Nutzbarmachung des Weges „Am Reinhardshof“
9. Parkordnung Kapersburgstraße
10. Parkordnung Am Steinberg
11. Parken zur Obermühle
12. Verlegung der Pausen- und Endhaltestelle der Linie 29
13. Versorgung des Kerbplatzes mit Strom und Wasser
14. Untersuchung der Trinkwasserqualität im Bürgerhaus Nieder-Erlenbachs
15. Outdoor-Fitnessgeräte im Naherholungsgebiet aufstellen

Berichte des Magistrats:

16. Saubere Gewässer in Frankfurt
17. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil

Yannick Schwander
Ortsvorsteher

Ortsbezirk 14 (Harheim)

Einladung zur 26. Sitzung des Ortsbeirates 14 am

Montag, dem 22. Oktober 2018, 20.00 Uhr, Bürgerhaus Harheim, In den Schafgärten 21, Clubraum 4

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

TAGESORDNUNG

Eigene Angelegenheiten:

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der letzten Niederschrift (25. Sitzung vom 10.09.2018)
3. Mitteilungen des Ortsvorstehers

   Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 19.11.2018 um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Harheim, In den Schafgärten 21, Clubraum 4, statt.
4. Mitteilungen der Kinderbeauftragten, des Seniorenbeirates, des Stadtbezirksvorstehers und des Sozialbezirksvorstehers

Unerledigte Drucksachen:

(Fristablauf gem. § 4 Absatz 10 GO OBR)

Anregung an den Magistrat:

5. Keine Pförtnerampel am Harheimer Weg

Auskunftsersuchen:

6. Baugebiet „Am Eschbachtal“ (Bonames-Ost) B-Plan 516
7. Ausbau der Bahnlinie S 6

   hier: Brückenbauwerk Bahnhof Berkersheim

Zurückgestellte Vorlagen:

Antrag:

8. Bücherschrank für Harheim

Neue Vorlagen:

Anträge:

9. Nidda-Altarm, Gemarkung Harheim, Flur 1, Flurstücke 583/4 und 29/2, Eigentümerin Stadt Frankfurt
10. Ersatz der Fußgängerbrücke am Berkersheimer Bahnhof
11. Verbindungsweg zwischen Harheimer Stadtweg und Berkersheimer Bahnstraße

12.1 Umleitung Nidda-Radweg

12.2 Ertüchtigung und Verbreiterung der Niddabrücke/Ersatzbrücke für Fußgänger und Radfahrer

12.3 Schaffung eines Ersatzübergangs für Fußgänger und Radfahrer über die Nidda zwischen Harheim und Berkersheim während der Arbeiten zur Ertüchtigung der bestehenden Niddabrücke durch die Deutsche Bahn

Antrag:

13. S 6 während des Ausbaus: ÖPNV im Frankfurter Norden sichern

Berichte des Magistrats:

14. Schienenersatzverkehr während des S 6-Ausbaus
15. Saubere Gewässer in Frankfurt
16. Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil

Dr. Frank Immel
Ortsvorsteher

Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung

Einladung zur 28. öffentlichen, ordentlichen Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung am

Montag, dem 22. Oktober 2018,
um 18.00 Uhr im Plenarsaal
der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer, Römerberg 23,
60311 Frankfurt am Main

TAGESORDNUNG I:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Austausch mit AGAH
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls vom 10.09.2018
5 Informationen des Vorsitzenden
6. Bürgerfragestunde
7. Behandlung der TO II
8. Anträge
   - 8.1. Umrüstung der Ampelanlage Ostendstraße 72 - 60 und Windeckstraße 62 - 52
   - 8.2. Zwei Fahrtrichtungen in der August-Schanz-Straße (Bereich Haus-Nr. 60 - 64)
   - 8.3. Frankfurt am Main für Elektrofahrzeuge attraktiver machen
   - 8.4. Gasautos für eine reinere Luft in Frankfurt am Main
   - 8.5. „Haus der Deutschen Geschichte“ - Als Abschluss der Integrationskurse - II
   - 8.6. Informationsverbreitung zum Vitamin-D-Mangel
   - 8.7. Mängelmelder attraktiver machen
   - 8.8. Reduzierung des Autoverkehrs am Wochenende - II
   - 8.9. Preisspirale in der Fernwärme stoppen !
9. Berichte aus den Gremien
10. Fragestunde
11. Verschiedenes

TAGESORDNUNG II

1. Frankfurt-Pass für Heimbewohner weiterentwickeln
   Antrag der FDP vom 03.09.2018, NR 643
2. Zuverlässigkeitsprüfung in der Geflüchtetenhilfe
   Bericht des Magistrats vom 07.09.2018, B 288
3. Informationen über Migrantenvereine
   Bericht des Magistrats vom 07.09.2018, B 289
4. Mehr Schwimmunterricht - Bäderkonzept für alle
   Antrag der FDP vom 10.09.2018, NR 647
5. Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung in Frankfurt
   Antrag der FDP vom 12.09.2018, NR 648
6. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans - Förderschulen weiter ausbauen
   Antrag der FDP vom 11.09.2018, NR 650
7. Bürgerämter: Lange Wartezeiten durch moderne Technik verkürzen
   Antrag der FDP vom 18.09.2018, NR 654
8. Effektives Info-Angebot der Ausländerbehörde
   Bericht des Magistrats vom 21.09.2018, B 310
9. Zukunft für Frankfurter Kinder sichern - wo stehen wir heute?
   Bericht des Magistrats vom 21.09.2018, B 317
10. Wie viele Theater gibt es für Kinder und Jugendliche?
    Bericht des Magistrats vom 21.09.2018, B 322
11. Vereine bei der Umsetzung der DSGVO unterstützen
    Bericht des Magistrats vom 21.09.2018, B 324
12. Diskriminierung bekämpfen - Schlüsse aus #MeTwo-Kampagne ziehen
    Antrag der Frankfurter vom 25.09.2018, NR 659
13. Ein Wegweiser im Finanzdschungel
    K 77 vom 07.03.2018
    Stellungnahme des Dezernats IX vom 07.09.2018
14. Sicherheit einer Bushaltestelle erhöhen
    K 78 vom 10.04.2018
    Stellungnahme des Dezernats VI vom 07.09.2018
15. Die Stadtverwaltung braucht Fachkräfte
    K 82 vom 10.04.2018
    Stellungnahme des Dezernats III Personal und Gesundheit vom 07.09.2018
16. Seelsorgerische und religiöse Betreuung der Patienten in Krankenhäusern II
    K 85 vom 08.05.2018
    Stellungnahme des Dezernats III Personal und Gesundheit vom 21.09.2018
17. Frauenanteil unter den FDP – Vertretern in den Ortsbeiräten
    KA 27 vom 06.03.2018
    Stellungnahme des Dezernats I vom 03.05.2018
18. Ursprung des Stroms für Elektrobusse
    KA 29 vom 10.04.2018
    Stellungnahme des Dezernats VI Verkehr vom 05.07.2018
19. Mobbingprävention und Mobbingintervention in Frankfurt am Main
    KA 30 vom 10.04.2018
    Stellungnahme des Dezernats XI Integration und Bildung vom 10.08.2018
20. Unternehmensgründung durch Migranten
    KA 34 vom 10.04.2018
    Stellungnahme des Dezernats IX Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr vom 31.07.2018

gez. Jumas Medoff
Vorsitzender der KAV

Öffentliche Ausschreibungen

Bekanntmachung von öffentlichen Ausschreibungen

Alle öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Frankfurt am Main finden Sie im Internet unter www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Amt für Bau und Immobilien IGS Eschersheim, Zehnmorgenstraße 20 – Einrichtung naturwissenschaftliche Räume –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2018-00430 nach VOB/A

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Amt für Bau und Immobilien
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 40 815
E-Mail: reinhold.rubey@stadt-frankfurt.de

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 25-2018-00430

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

☐ Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

☐ Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.

☒ Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
☒ ohne elektronische Signatur Textform
☒ mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
☒ mit qualifizierter elektronischer Signatur

☐ kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrags:

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:
IGS Eschersheim
Zehnmorgenstraße 20
60433 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose:

Art der Leistung:
Lieferung und Montage von Einrichtung für 2 x 60 m² naturwissenschaftliche Fachräume sowie 2 Vorräume von 24 m²

Umfang der Leistung:

Lieferung und Montage von NaWi Raum Einrichtung

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:
–

h) Aufteilung in Lose: ☒ Nein

Ja, Angebote sind möglich:

☐ nur für ein Los

☐ für ein oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 08.04.2019
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 29.04.2019

j) Nebenangebote: ☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Amt für Bau und Immobilien
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 40 815
E-Mail:
reinhold.rubey@stadt-frankfurt.de
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten:	25,00 Euro
Zahlungsweise:	Banküberweisung
Empfänger:	Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main
Geldinstitut:	Postbank AG Frankfurt am Main
IBAN:	DE16 5001 0060 0000 0026 09
BIC-Code:	PBNKDEFFXXX
Verwendungszweck:	25-2018-00430 Sanierung NaWi Räume

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: siehe a)

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch

q) Ablauf der Angebotsfrist: am 25.10.2018, 11.30 Uhr

Eröffnungstermin: am 25.10.2018, 11.30 Uhr
Ort: Bau und Immobilien
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Zimmer: Submissionsstelle

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben.
Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung).
Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

v) Ablauf der Bindefrist: 31.12.2018

w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: nein

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

y) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

Amt für Bau und Immobilien
Musterschule, Oberweg 5
– Trockenbauarbeiten –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2018-00432 nach VOB/A

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilen
Gutleutstraße 7 - 11
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 38 229
E-Mail: lv-versand.hochbauamt@stadt-frankfurt.de

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 25-2018-00432

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

☐ Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

☐ Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.

☒ Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
☒ ohne elektronische Signatur Textform
☒ mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
☒ mit qualifizierter elektronischer Signatur

☐ kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrags:

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:
Musterschule
Oberweg 5
60318 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Art der Leistung:
Trockenbauarbeiten

Umfang der Leistung:

ca. 2.000 m²	Herstellung von revisionierbaren, abgehängten Akustik-Decken in Klassen-/Fachräumen, Nassbereiche
ca. 650 m²	Herstellung der abgehängten Decke als Akustikdecke in der Turnhalle (ballwurfsicher)
ca. 650 m²	Herstellung von Gipskartonwänden, Vorwandinstallationen, Trockenbauschotts mit und ohne Brandschutzanforderung

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

Zweck der baulichen Anlage:	Schule, Gymnasium
Zweck des Auftrags:	Sanierung des Erweiterungsbaus

h) Aufteilung in Lose: ☒ Nein

Ja, Angebote sind möglich:

☐ nur für ein Los

☐ für ein oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung:	10.12.2018
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:	22.03.2019

j) Nebenangebote: ☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen bei:
Amt für Bau und Immobilien
25.13 lv-versand
Gutleutstraße 7 - 11
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 38 229
E-Mail:
lv-versand.hochbauamt@stadt-frankfurt.de
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten:	15,00 Euro
Zahlungsweise:	Banküberweisung
Empfänger:	Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main
Geldinstitut:	Postbank AG Frankfurt am Main
IBAN:	DE16 5001 0060 0000 0026 09
BIC-Code:	PBNKDEFFXXX
Verwendungszweck:	25-2018-00432 Musterschule - Trockenbauarbeiten

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
Amt für Bau u. Immobilien
Submissionsstelle
Gutleutstraße 7 -11
60329 Frankfurt am Main
Ansprechpartner:
Submissionsstelle
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch

q) Ablauf der Angebotsfrist: am 23.10.2018. 10.30 Uhr

Eröffnungstermin: am 23.10.2018, 10.30 Uhr
Ort: Amt für Bau u. Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Zimmer: EG

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung).
Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

v) Ablauf der Bindefrist: 30.11.2018

w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

y) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

Amt für Bau und Immobilien Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode –Außenstelle-, Peter-Bied-Straße 55 – Schlosserarbeiten –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2018-00433 nach VOB/A

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Amt für Bau und Immobilien
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt
Telefon: 069 / 212 - 74 445
Telefax: 069 / 212 - 44 512
E-Mail: eva.hanf-dressler@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 25-2018-00433

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

☐ Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

☒ Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.

☒ Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
☒ ohne elektronische Signatur Textform
☒ mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
☒ mit qualifizierter elektronischer Signatur

☐ kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrags:

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:
Frankfurter Schule
für Bekleidung und Mode - Außenstelle
Peter-Bied-Straße 55
65929 Frankfurt am Main - Unterliederbach

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose:

Art der Leistung:
2 Stahlaußentreppen als 2. Rettungsweg

Umfang der Leistung:

Schlosserarbeiten:

1 Stk.	Stahlaußentreppe als einläufige Spindeltreppe mit einem Endpodest, geschlossenes Geländer, über 3 Geschosse: Höhe 6,3 m, geschlossen
1 Stk.	Stahlaußentreppe, freitragend, einläufig mit einem Endpodest, geschlossenes Geländer, über 1 Geschoss: Höhe 2,85 m einschl. Werk- und Montageplanung

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

Zweck der baulichen Anlage:	berufliche Schule
Zweck des Auftrags:	Sicherung 2. Rettungsweg über 2 Stahlaußentreppen

h) Aufteilung in Lose: ☒ Nein

Ja, Angebote sind möglich:

☐ nur für ein Los

☐ für ein oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung:	14.01.2019
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:	26.04.2019
weitere Fristen:	Montage der Treppen in den hessischen Osterferien: 15. bis 26.04.2019

j) Nebenangebote: ☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen bei:
Amt für Bau und Immobilien
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 74 445
Telefax: 069 / 212 - 44 512
E-Mail:
eva.hanf-dressler@stadt-frankfurt.de
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten:	35,00 Euro
Zahlungsweise:	Banküberweisung
Empfänger:	Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main
Geldinstitut:	Postbank AG Frankfurt am Main
IBAN:	DE16 5001 0060 0000 0026 09
BIC-Code:	PBNKDEFFXXX
Verwendungszweck:	25-2018-00433 FSBM Schlosserarbeiten Außentreppen

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: siehe a)

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch

q) Ablauf der Angebotsfrist: am 31.10.2018, 11.30 Uhr

Eröffnungstermin: am 31.10.2018, 11.30 Uhr
Ort: Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Zimmer: Submissionsstelle EG

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben.
Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

v) Ablauf der
Bindefrist: 14.12.2018

w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der
Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

y) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

Amt für Informations- und Kommunikationstechnik verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet
– Lieferung von USV-Anlagen –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 16-2018-00037 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
Zanderstraße 7
60327 Frankfurt am Main
E-Mail: 16.vergabe@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☒ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Lieferung von USV-Anlagen [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:
Lieferleistung

Produktschlüssel (CPV):
31154000

Ort der Leistung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in
Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Beginn: 01.11.2018
Ende: 30.11.2018

h) Anfordern der Unterlagen bei:
digitale Adresse (URL):
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Anforderungsfrist: 18.10.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen:
Telefon: ausschließlich per E-Mail
E-Mail: 16.vergabe@stadt-frankfurt.de
digitale Adresse (URL):
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 18.10.2018, 12:00 Uhr
Bindefrist: 15.11.2018

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
Einreichung der ausgefüllten Eigenerklärung zur Bestätigung der Eignung (liegt den Vergabeunterlagen als Anlage bei).

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

Amt für Informations- und Kommunikationstechnik Stabsstelle Digitalisierung – Entwicklung gesamtstädtischer Digitalisierungsstrategie –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 16-2018-00043 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
Zanderstraße 7
60327 Frankfurt am Main
E-Mail: 16.vergabe@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Entwicklung einer gesamtstädt. Digitalisierungsstrategie [LDL010]

Art und Umfang der Leistung:
Unterstützungs- und Beratungsleistungen bei der Entwicklung einer gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie

Produktschlüssel (CPV):
75130000

Ort der Leistung:
Stabsstelle Digitalisierung

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
siehe EVB-IT-Dienstvertrag
Beginn: 01.01.2019
Ende: 31.08.2019

h) Anfordern der Unterlagen bei:
digitale Adresse (URL):
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Anforderungsfrist: 07.11.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen unter:
E-Mail: 16.vergabe@stadt-frankfurt.de
digitale Adresse (URL):
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 07.11.2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 01.01.2019

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
Zum Nachweis der Eignung hat der Auftragnehmer das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen.
Darüber hinaus ist mindestens ein strategisches Digitalisierungsprojekt in einer größeren Kommune als Referenzprojekt des Unternehmens im dafür vorgesehenen Formblatt Anhang 5 auszufüllen.

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

1 Preis (30 %)
2 Qualifikation PL (20 %)
3 Konzeptionierung (50 %)

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

q) Sonstige Informationen:

Fragen zum Vergabeverfahren sind schriftlich bis zum 25.10.2018 an die Mailadresse: 16.vergabe@stadt-frankfurt.de zu richten.

Die Beantwortung erfolgt in gleicher Weise bis spätestens 01.11.2018.

Bitte benutzen Sie im Falle eines Papierangebotes kein Kuvert mit Sichtfenster, sondern ausschließlich den mit der Adresse der Submissionsstelle versehenen Kennzettel.

Bitte reichen Sie bei einem Papierangebot auch einen Datenträger mit sämtlichen einzureichenden Unterlagen mit ein.

Branddirektion stationäre Heilbehandlungseinrichtung – Kuren für Feuerwehrbeamtinnen und -beamten –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 37-2018-00051 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Branddirektion
Feuerwehrstraße 1
60435 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 725 113
Telefax: 069 / 212 - 725 118
E-Mail:
vol-ausschreibungen.amt37@stadt-frankfurt.de

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Feuerwehrkuren [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:
4-jährige Rahmenvereinbarung über die Durchführung von vorbeugenden stationären Kuren für Feuerwehrbeamtinnen und -beamten

Produktschlüssel (CPV):
85140000

Ort der Leistung:
Vor Ort der stationären Heilbehandlungseinrichtung

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in
Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Beginn: 01.02.2019
Ende: 31.01.2023

h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)
Anforderungsfrist: 31.10.2018, 15.30 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: siehe a)

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 31.10.2018, 15.30 Uhr
Bindefrist: 31.01.2019

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
2 Kundenreferenzen gemäß den Vorgaben des Leistungsverzeichnisses. Direkt einzutragen auf S. 1-2 des Leistungsverzeichnisses.

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

1 Preis (50 %)
2 Abdeckung Pflichtenheft (40 %)
3 Übererfüllung Pflichtenheft (10 %)

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der
Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

Grünflächenamt verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet – Lieferung diverser Transporter –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 67-2018-00113 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Grünflächenamt
Adam-Riese-Straße 25
60327 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 30 288
Telefax: 069 / 212 - 30 760
E-Mail: alexander.jovanovski@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
67 - Kauf und Lieferung von diversen Transportern [LDL015]

Art und Umfang der Leistung:

Kauf und Lieferung von 6 diversen Transportern

Produktschlüssel (CPV):
34144700

Ort der Leistung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in
Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Beginn: 01.03.2019
Ende: 29.03.2019

h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)

Anforderungsfrist: 23.10.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: siehe a)

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 23.10.2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 31.12.2018

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis
der Eignung: siehe Vergabeunterlagen

m) Kosten der
Vergabeunterlagen: 25,00 Euro

Zahlungsweise:
Angabe auf dem Beleg:
0670/50990000/1.22.09.01.04/670012,
67-2018-00113 BV 67 - Kauf und Lieferung von diversen Transportern. Nach Vorliegen des quittierten Einzahlungs-beleges werden die Ausschreibungsunterlagen zugeschickt. Kostenloser Abruf ist möglich unter www.vergabe.stadt-frankfurt.de. Dort steht auch Offerte_L zur Bearbeitung von GAEB-Dateien zum Herunterladen bereit.

Empfänger: Stadtkasse
Geldinstitut: Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN: DE34 5005 0201 0000 0002 08
BIC: HELADEF1822

n) Zuschlagskriterien:
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

1 Preis (45 %)
2 technische Funktionalität, Ladearbeit, Transport, Ergonomie,Umweltverträglichkeit (20 %)
3 Lieferzeit (10 %)
4 Garantie (10 %)
5 Inspektion / Wartung (5 %)
6 Monteurservice (5 %)
7 Ersatzteilservice (5 %)

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der
Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

Grünflächenamt
verschiedene Spielplätze im Stadtgebiet
– Jahreshauptkontrolle und operative Inspektion von Spielplätzen –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 67-2018-00116 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Grünflächenamt
Adam-Riese-Straße 25
60327 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 71 439
Telefax: 069 / 212 - 32 998
E-Mail: andreas.klatt@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☐ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Spielplatzkontrolle [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:

Jahreshauptkontrolle und operative Inspektion verschiedener Spielplätze im Stadtgebiet

Produktschlüssel (CPV):
77313000

Ort der Leistung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in
Lose: ja

Angebote können eingereicht werden
für ein oder mehrere Lose

Größe und Art der einzelnen Lose:

Los 1:
Kurze Beschreibung:
Bezirk Ost Spielplätze in Grünanlagen
Inspektion von Freizeitanlagen
Inspektion von Waldspielparks
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

Los 2:
Kurze Beschreibung:
Bezirk Mitte Spielplätze in Grünanlagen
Inspektion von Freizeitanlagen
Inspektion Metzlerpark - Kulturamt
Inspektion von Waldspielparks
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

Los 3:
Kurze Beschreibung:
Bezirk Nord Spielplätze in Grünanlagen
Inspektion von Freizeitanlagen
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

Los 4:
Kurze Beschreibung:
Bezirk West Spielplätze in Grünanlagen
Inspektion von Freizeitanlagen
Inspektion Jugendhaus Nied
Inspektion von Waldspielparks
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

Los 5:
Kurze Beschreibung:
Inspektion von Schulen im Bezirk Ost; Mitte, Nord und West
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

Los 6:
Kurze Beschreibung:
Inspektion von Spielplätzen in Kinderzentren im Bezirk Ost; Mitte, Nord und West
Ausführungsfrist: nach Aufforderung durch den AG im Zeitraum November 2018 bis Dezember 2019
Produktschlüssel: 71319000-7

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Beginn: 19.11.2018
Ende: 30.12.2019

h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)

Anforderungsfrist: 25.10.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: siehe a)

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 25.10.2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 16.11.2018

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
Nachweis der Qualifikation zur Befähigung der Durchführung von Spielplatzprüfungen gemäß DIN 79161-1 und DIN 79161-2.

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der
Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

Stadtentwässerung Frankfurt am Main Frankfurt am Main – Fechenheim – Herstellung Altarm und Altwasser –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 68-2018-00103 nach VOB/A

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadtentwässerung Frankfurt am Main
Goldsteinstraße 160
60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 30 181
E-Mail: heike.popp@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 68-2018-00103

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

☒ Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

☐ Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.

☒ Es werden elektronische Angebote akzeptiert.

☒ ohne elektronische Signatur Textform

☒ mit fortgeschrittener elektronischer Signatur

☒ mit qualifizierter elektronischer Signatur

☐ kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrags:

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:
60386 Frankfurt am Main - Fechenheim

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Art der Leistung:
Gewässerökologische Strukturverbesserungen am Main
Herstellung eines Altarms und Altwassers

Umfang der Leistung:

Herstellung einer temporären Schiffsanlegestelle

100.000 m³	Bodenaushub Erdmassenbewegung mit vorgegebenem Verwertungsweg über Wasserweg
3.600 m²	Asphaltwegebau mit hellbeiger Deckschicht

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:
–

h) Aufteilung in Lose: ☒ Nein

Ja, Angebote sind möglich:

☐ nur für ein Los

☐ für ein oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 03.12.2018
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 05.10.2019

j) Nebenangebote: ☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen bei:
Stadtentwässerung
Frankfurt am Main
Goldsteinstraße 160
60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 30 181
E-Mail:
heike.popp@stadt-frankfurt.de
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Die Unterlagen werden kostenfrei zur Verfügung gestellt.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Ansprechpartner:
Submissionsstelle
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch

q) Ablauf der Angebotsfrist: am 07.11.2018, 09.30 Uhr

Eröffnungstermin: am 07.11.2018, 09.30 Uhr

Ort: Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle
Gerbermühlstraße 48
60594 Frankfurt am Main
Zimmer: 1-5

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

v) Ablauf der Bindefrist: 07.12.2018

w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstr. 1 - 3, 64283 Darmstadt

x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

y) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

Volkshochschule Frankfurt am Main verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet – Elektroprüfungen –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 43-2018-00022 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Volkshochschule Frankfurt am Main
Sonnemannstraße 13
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 38 321
Telefax: 069 / 212 - 30 718
E-Mail: monika.hausmann.vhs@stadt-frankfurt.de

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Elektroprüfung VHS incl. Außenstellen und Schwerpunktschulen [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:
Elektroprüfung nach DBVU Vorschrift 3

Produktschlüssel (CPV):
71314100

Ort der Leistung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Die Prüfungen müssen während der Dienst- und Kurszeiten durchgeführt werden.
Daher kann es zu Prüfungen außerhalb der üblichen Geschäftszeiten kommen (06.00 – 09.00 Uhr)
Beginn: 03.12.2018
Ende: 29.03.2019

h) Anfordern der Unterlagen bei:
–

Anforderungsfrist: 23.10.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen:
VHS
Monika Hausmann
Sonnemannstraße 13
60413 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 38 321
Telefax: 069 / 212 - 30 718
E-Mail: monika.hausmann.vhs@stadt-frankfurt.de

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 23.10.2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 30.11.2018

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
Nachweis über die Qualifikation des Betriebes zur Durchführung der Elektroprüfung

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
niedrigster Preis

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: nein

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

q) Sonstige Informationen:
Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.
Bierstadter Straße 9
65189 Wiesbaden
Telefon: 0 611 / 974 588 - 0
Telefax: 0 611 / 974 588 - 20
E-Mail: info@absthessn.de
Internet: www.absthessen.de und www.had.de

Volkshochschule verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet – Vorbereitung und Durchführung eines Kurses –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 43-2018-00025 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Volkshochschule Frankfurt am Main
Sonnemannstraße 13
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 37 960
Telefax: 069 / 212 - 30 718
E-Mail: martin.eckstein.vhs@stadt-frankfurt.de

b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

☒ über den Postweg

☐ mittels Telekopie

☐ direkt

☒ elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:
Vorbereitung und Durchführung eines Kurses Formulare leichter ausfüllen [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:
Vorbereitung und Durchführung eines Kurses mit dem Titel „Formulare leichter ausfüllen“.
Weitere Angaben sind der angehängten Leistungsbeschreibung zu entnehmen, die Bestandteil des Verfahrens ist.

Produktschlüssel (CPV):
80400000

Ort der Leistung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in
Lose: nein

f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:
Beginn: 19.10.2018
Ende: 21.12.2018

h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)

Anforderungsfrist: 15.10.2018, 12.00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen:
Volkshochschule Frankfurt am Main
Sonnemannstraße 13
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 212 - 37 960
Telefax: 069 / 212 - 30 718
E-Mail: verwaltung.vhs@stadt-frankfurt.de

i) Ablauf der
Angebotsfrist: 15.10.2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 19.10.2018

j) Sicherheitsleistungen:
–

k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
Nachweise entsprechend der in der Leistungsbeschreibung geforderten Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen.

m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

1 Preis (40 %)
2 Kriteriengruppe (60 %)
2.1 Qualifikation
2.2 Konzeptentwurf (50 %)

o) Nichtberücksichtigte Angebote:
–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

Vertretungsbefugnis für die „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main“
(Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen/Bestellbefugnis)

Gemäß § 3 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) in der Fassung vom 09.06.1989 (GVBl. I, S. 154), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14.07.2016 (GVBl. S. 121) in Verbindung mit § 11 der Betriebssatzung für den kommunalen Betrieb vom 09.08.2017 (Amtsblatt Nr. 35 vom 29.08.2017, S. 1236) wird für den Betrieb „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main“ nachfolgende Vertretungsbefugnis für verpflichtende Erklärungen/Bestellbefugnis erteilt/aufgehoben:

Neu:

Name	Vorname	Organisationseinheit	Vertretungsbefugnis		Datum
			Alleinvertretung (brutto)	bei Mitzeichnung eines Vertretungsberechtigten (brutto)	
Zientek	Monika	Allgemeine Verwaltung/ Liegenschaftsmanagement	2.500,- €	5.000,- €	15.09.2018

Aufhebung:

Name	Vorname	Organisationseinheit	Vertretungsbefugnis		Datum
			Alleinvertretung (brutto)	bei Mitzeichnung eines Vertretungsberechtigten (brutto)	
Maier	Anca	Kinderhaus Nordweststadt	1.500,- €	-	31.08.2018
Yüzer	Mustafa	KiKu Eschersheim	1.500,- €	-	31.12.2017
Schlaud	Christoph	Streetwork Innenstadt/Bahnhof	1.500,- €	-	30.09.2018

Angelika Stock
Betriebsleiterin

Bekanntmachung über den Entzug von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten

Allgemeinverfügung des Grünflächenamtes zu

1. § 32 Abs. 2+3 der Friedhofsordnung der Stadt Frankfurt am Main vom 19.06.2018, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main Nr. 25

In der Anlage dieser Verfügung sind Wahlgrabstätten aufgeführt, deren Pflege vernachlässigt wurde. Die Nutzungsberechtigen dieser Grabstätten werden hiermit aufgefordert, die Grabstätten bis 3 Monate nach Veröffentlichung ordnungsgemäß herzurichten und für die Folgezeit in würdigem Zustand zu halten.

Wenn eine dieser Grabstätten bis zu diesem Termin nicht den Pflegevorschriften entsprechend hergerichtet ist bzw. deren Pflege weiterhin vernachlässigt wurde, wird das Nutzungsrecht an der Grabstätte entzogen. Die bei Entzug des Nutzungsrechtes nicht entfernten Grabmalanlagen wird das Grünflächenamt gemäß § 29(2) FO beseitigen. Mit dem Entzug des Nutzungsrechtes sind sämtliche Rechte an der Grabstätte erloschen.

Grabstätten, die unter Denkmalschutz stehen, bleiben erhalten.

Rechtsmittelbelehrung:
Gegen diese Allgemeinverfügung können die Betroffenen innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Grünflächenamt, Adam-Riese-Straße 25, 60327 Frankfurt am Main, erheben.

Frankfurt am Main, 16.10.2018

DER MAGISTRAT
Grünflächenamt

Entzug von Nutzungsrechten wegen mangelnder Pflege an Wahlgrabstätten

Friedhof Enkheim

Name	Gewann	Reihe	Nummer	Ablauf des Nutzungsrechts
Moyat	2		8	08.12.35
Schäfer	1		346	31.12.34
Kandlbinder	8		65	05.07.39
Hanel	1		313	06.02.44
Döllmann	1		332	06.03.35
Schlicher/ Houda	8		5	04.04.34
Schwarz	4		86	16.08.33
Mähren/Kischnick	2		301 UG	13.07.29
Widi	6		81	17.03.37
Spiro	5		113	07.06.26

Friedhof Bonames

Name	Gewann	Reihe	Nummer	Ablauf des Nutzungsrechts
Pyka	frl.	25	5 URF	02.01.32

Friedhof Heddernheim

Name	Gewann	Reihe	Nummer	Ablauf des Nutzungsrechts
Nothnagel	D		0140/0141	25.03.24

Friedhof Bockenheim

Name	Gewann	Reihe	Nummer	Ablauf des Nutzungsrechts
Hölzer/Heine	2		231	04.08.26

Friedhof Westhausen

Name	Gewann	Reihe	Nummer	Ablauf des Nutzungsrechts
Kosching/Kuhn	H		0007/0008	17.05.26
Bergmann	III		605	13.06.25
Müller	XI		586	27.06.24

Amtliche Bekanntmachung
Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)

Die Meldebehörde hat einmal jährlich die Einwohner/innen gemäß § 50 Abs. 5 des Bundesmeldegesetzes (BMG) über die Möglichkeit der Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren zu unterrichten.

Der/die Einwohner/in hat die Möglichkeit, der gesetzlich zulässigen Weitergabe seiner/ihrer Daten in bestimmten Fällen zu widersprechen. Ohne Begründung, aber durch persönliches Erscheinen oder mit schriftlichem Antrag, ist dies in folgenden Fällen möglich:

- Sperre der Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften, denen der/die Einwohner/in nicht selbst, aber Familienmitglieder angehören (§ 42 Abs. 2 BMG). Der Widerspruch gegen die Datenübermittlung verhindert nicht die Übermittlung von Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts an die jeweilige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft.
- Sperre von Alters- und Ehejubiläumsdaten, die an die Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften, an Presse und Rundfunk übermittelt werden dürfen (§ 50 Abs. 2 BMG) und ggf. im Internetauftritt von Zeitungsverlagen veröffentlicht werden,
- Sperre gegenüber Parteien, anderen Trägern von Wahlvorschlägen und Wählergruppen bei Wahlen, Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren (§ 50 Abs. 1 BMG),
- Widerspruch gegen die Weitergabe von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (§ 58 c Soldatengesetz in Verbindung mit § 36 Abs. 2 Bundesmeldegesetz); Anmerkung: Dies betrifft nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Auskunftssperre zu beantragen, wenn aus der Erteilung einer Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit und persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Belange erwachsen kann (§ 51 Abs. 1 BMG). Ein solcher Antrag ist schriftlich zu stellen, muss begründet sein und seitens der Meldebehörde genehmigt werden. Die Eintragung der Auskunftssperre endet nach zwei Jahren und ist ggf. vor Ablauf mit Antrag und Begründung zu erneuern. Die Auskunftssperre gilt für den Schutzzweck, der für die Eintragung ausschlaggebend war.

Zuständig für die Eintragung der Auskunfts- und Übermittlungssperren ist in Frankfurt am Main das

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Abteilung Bürgeramt
60275 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 115
Fax: 212-30898
E-Mail: buergeramt.zentrale@stadt-frankfurt.de

Der Magistrat
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Der Weitergabe von Daten aus dem Melderegister kann widersprochen werden

Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)

Die Weitergabe persönlicher Daten ist gesetzlich zulässig. In bestimmten Fällen können Bürgerinnen und Bürger dieser Datenweitergabe jedoch widersprechen. Ein solcher Antrag muss nicht begründet werden, er muss aber persönlich oder schriftlich in den Bürgerämtern gestellt werden.

Widersprochen werden kann der Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften, denen man nicht selbst, aber Familienmitglieder angehören. Auch kann man verhindern, dass Alters- und Ehejubiläumsdaten an die Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften sowie an Presse und Rundfunk übermittelt werden. Auch Parteien und Wählergruppen kann man die Daten vorent-halten. Außerdem können unter 18-jährige deutsche Staatsangehörige der Weitergabe von Daten an das Personalmanagement der Bundeswehr widersprechen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Sperre der Melderegisterauskunft zu beantragen, wenn die Auskunft zu einer Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Belange führen kann. Ein solcher Antrag ist schriftlich zu stellen, muss begründet sein und von der Meldebehörde genehmigt werden. Eine derartige Auskunftssperre endet nach zwei Jahren, kann aber - bei weiterhin bestehender Gefährdung - verlängert werden. Sie verhindert nicht jede Melderegisterauskunft. Wenn eine Gefahr ausgeschlossen werden kann, wird die Auskunft erteilt.

Das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main ist gesetzlich zu dieser Information verpflichtet. Sie erfolgt einmal jährlich und gibt den Einwohnerinnen und Einwohnern Auskunft darüber, in welchen Fällen sie der Weitergabe ihrer Daten widersprechen können.

www.frankfurt.de

Stadt Frankfurt am Main –
Hauptamt und Stadtmarketing
60021 Frankfurt, Postfach 102121 – 4811 –

(Anschriftenfeld)

Inhalt

- ❏ Öffentliche Sitzungen der Ortsbeiräte
  (auf den Seiten 1511 bis 1516)
- ❏ Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung
  (Seite 1517)
- ❏ Öffentliche Ausschreibungen
  (auf den Seiten 1518 bis 1531)
- ❏ Vertretungsbefugnis für die „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main“ (Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen/ Bestellbefugnis)
  (Seite 1531)
- ❏ Bekanntmachung über den Entzug von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten
  (auf den Seiten 1532 bis 1533)
- ❏ Amtliche Bekanntmachung Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)
  (Seite 1533)
- ❏ Der Weitergabe von Daten aus dem Melderegister kann widersprochen werden Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)
  (Seite 1534)

Impressum

Herausgeber: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.
Redaktion: Hauptamt und Stadtmarketing, Römerberg 32, 60311 Frankfurt am Main, Susana Pletz, Telefon: 069 / 212 - 35 674, Telefax: 069 / 212 - 34 124, E-Mail: amtsblatt@stadt-frankfurt.de, Internet: www.frankfurt.de. Herstellung, Druck und Abonnementverwaltung: LINUS WITTICH Medien KG, Industriestraße 9 - 11, 36358 Herbstein. Abonnement: 52 Ausgaben pro Jahr, 104 Euro (inkl. 7 % MwSt.). Einzelbezug: 2 Euro zzgl. 1,45 Euro Versandkosten, über Hauptamt und Stadtmarketing (Adresse siehe Redaktion). Kündigung des Abonnements: schriftlich, sechs Wochen voraus zum 1. Juli oder 1. Januar jeden Jahres, über Hauptamt und Stadtmarketing. Anschriftenänderung, Reklamation und sonstige Änderung an den Bezieherdaten: über Hauptamt und Stadtmarketing: Neubestellung jederzeit möglich, über Hauptamt und Stadtmarketing. Der Redaktionsschluss für die Veröffentlichungen im Amtsblatt ist jeweils mittwochs 10.00 Uhr. Änderungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.